

**// GEW-Schulgruppe des Eugen-Bolz-Gymnasiums in Rottenburg a. N. – GEW-Kreise
Reutlingen/Tübingen und Esslingen-Nürtingen //**

GEW-Schulgruppe des Eugen-Bolz-Gymnasiums in Rottenburg a. N. und Arbeitskreis Kooperation Zivilgesellschaft • H. Dörr •
Müllerweg 34 • 73274 Notzingen

An Ministerpräsident Winfried Kretschman

An Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann

An Verkehrsminister Winfried Hermann

An Umweltminister Franz Untersteller

An die Fraktionsvorsitzenden Andreas Schwarz (GRÜNE) und Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (CDU)

*Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, sehr geehrte Frau Kultusministerin Eisenmann,
sehr geehrter Herr Verkehrsminister Hermann, sehr geehrter Herr Umweltminister Untersteller,
sehr geehrte Herren Fraktionsvorsitzende Schwarz und Reinhart,*

in Ihrem Brief vom 26. Februar an die Schulleitungen sprechen Sie, Frau Dr. Eisenmann, den für den Klimaschutz streikenden Schüler*innen Ihr Verständnis und Ihre Bewunderung aus. Sie fordern Schulleitungen und Lehrkräften auf, dieses Engagement ernst zu nehmen und den Klimaschutz verstärkt zu einem „pädagogischen Thema machen.“ Sie bemerken richtig, Frau Dr. Eisenmann: Es gibt an den Schulen seit Jahren Bemühungen, die Schüler*innen verstärkt für Umweltschutzthemen zu sensibilisieren und eigenes Tun zu reflektieren und zu verändern. Der Klimawandel und andere verwandte Themen sind Teil des Bildungsplans in mehreren Fächern, in Umwelt-AGs und Projekttagen etc. Das Engagement unserer Schüler*innen ist deshalb auch zum Teil den seit Jahren in dieser Hinsicht pädagogisch engagierten Kolleg*innen zu verdanken.

Gemeinsame Grundlage unserer Arbeit an den Schulen in diesem Bereich ist die Leitperspektive „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BNE) im Bildungsplan 2016. In dieser Leitperspektive heißt es u.a.: „*BNE befähigt Lernende, **informierte Entscheidungen zu treffen und verantwortungsbewusst... zu handeln.** Dies betrifft vor allem die Beachtung der natürlichen Grenzen der Belastbarkeit des Erdsystems sowie den Umgang mit wachsenden sozialen und globalen Ungerechtigkeiten.*“

Die Schüler*innen, die sich in der mittlerweile weltweiten Jugendbewegung „Fridays for Future“ engagieren, nehmen diesen Satz aus der Leitperspektive BNE ernst. In der Abwägung zwischen ihrer Pflicht zum Unterrichtsbesuch am Freitag und ihrer moralischen Pflicht, durch das Fernbleiben vom Unterricht als Akt zivilen Ungehorsams ein Zeichen zu setzen, treffen sie eine „informierte

Entscheidung“ und handeln „verantwortungsbewusst“. Nur dadurch hat diese Bewegung so viel mediale Aufmerksamkeit erlangt.

Nach Ihrer Auffassung, Herr Ministerpräsident, müssen die „Klimaschutzproteste von Schülern“ „früher oder später ein Ende finden.“ Dass die Schüler in der Unterrichtszeit demonstrierten, bewerten Sie kritisch, haben Sie am 2. April der Presse mitgeteilt. Zwar sei der moralische Appell gerechtfertigt und es gehe wirklich um die Zukunft der Schüler. Dafür einmal die Schule zu schwänzen, falle erstmal unter zivilen Ungehorsam: „Nur – so Ihre Aussage -: Ziviler Ungehorsam ist ein symbolischer Akt. Das kann keine Dauerveranstaltung sein.“

Das sehen sicherlich auch die Schüler*innen so. In großer Konsequenz vertreten sie aber die Auffassung, dass die Politik es in der Hand hat, die freitäglichen Akte zivilen Ungehorsams nicht zur Dauerveranstaltung zu machen, indem sie sehr rasch entschiedenere Schritte zu gehen beginnt.

Dass die Forderung nach mehr Entschiedenheit in der Klimaschutzpolitik berechtigt ist, haben fast 27.000 Wissenschaftler*innen bestätigt, die sich als „Scientists4Future“ Mitte März geäußert haben: *„Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erklären wir auf Grundlage gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse: Diese Anliegen sind berechtigt und gut begründet. Die derzeitigen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald-, Meeres- und Bodenschutz reichen bei weitem nicht aus.“*

Wir schließen uns den Aussagen der Stellungnahme der „Scientists4Future“ in vollem Umfang an:

„Vor allem die Politik steht in der Verantwortung, zeitnah die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Insbesondere muss klimafreundliches und nachhaltiges Handeln einfach und kostengünstig werden, klimaschädigendes Handeln hingegen unattraktiv und teuer (z. B. durch wirksame CO₂-Preise, Einstellung von Subventionen für klimaschädliche Handlungen und Produkte, Effizienzvorschriften und soziale Innovationen). Eine sozial ausgewogene Verteilung von Kosten und Nutzen des Wandels ist dabei unerlässlich. Die enorme Mobilisierung der neuen Bewegungen („Fridays for Future“ in Deutschland und Österreich, „Klimastreik“ in der Schweiz) zeigt, dass die jungen Menschen die Situation verstanden haben. Ihre Forderung nach schnellem und konsequentem Handeln können wir ... nur nachdrücklich unterstreichen. Als Menschen, die mit wissenschaftlichem Arbeiten vertraut sind und denen die derzeitigen Entwicklungen große Sorgen bereiten, sehen wir es als unsere gesellschaftliche Verantwortung an, auf die Folgen unzureichenden Handelns hinzuweisen.

Nur wenn wir rasch und konsequent handeln, können wir die Erderwärmung begrenzen, das Massenaussterben von Tier- und Pflanzenarten aufhalten, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren und eine lebenswerte Zukunft für derzeit lebende und kommende Generationen gewinnen.

Genau das möchten die jungen Menschen von „Fridays for Future/ Klimastreik“ erreichen. Ihnen gebührt unsere Achtung und unsere volle Unterstützung.“

Seit Herbst 2018 überarbeitet die Landesregierung das Klimaschutzgesetz. Das wichtigste, bisher bekanntgewordene Ziel (minus 42% CO₂-Emissionen bis 2030) genügt nicht, um die Klimakrise wirkungsvoll einzudämmen. Das neue Zwischenziel für 2030, das wieder unverbindlich bleiben soll, führt bis 2050 sogar zu erheblichen Mehrmissionen von über 100 Millionen Tonnen CO₂ im Vergleich zum bestehenden Klimaschutzgesetz. Für einen echten Klimaschutz muss sich das Land verbindliche Ziele geben, die ausreichen, um die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Diese Ziele müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen (Verkehr, Energieversorgung, Privathaushalte, Betriebe, Industrie, Land- und Forstwirtschaft und Entsorgung) und in allen Regionen des Landes umgesetzt werden. Auch die Teilziele müssen verbindlich sein, um Wirkung zu entfalten. Wenn sie nicht erreicht werden, müssen empfindliche Sanktionen greifen.

Wir fordern Sie auf, sehr zeitnah die Maßnahmen anzugehen, die der Bund für Umwelt und Naturschutz Ihnen in seiner Stellungnahme im Vorfeld der Novelle des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes für Baden-Württemberg bereits im Februar 2018 zukommen ließ. Neben der übergeordneten Einführung einer angemessenen CO₂-Bepreisung sind für den BUND die folgenden Maßnahmen die wichtigsten, um einen Beitrag Baden-Württembergs zur Eindämmung der Klimakrise zu leisten:

„Mobilität

- Massive Reduktion der zurückgelegten Strecken
- Ersatz des motorisierten Individualverkehrs durch öffentlichen Verkehr oder nicht motorisierten Individualverkehr
- Austausch der Antriebstechnik bei gleichzeitiger Verkleinerung der Fahrzeuge

Kraftwerke

- Abschaltung der fossilen Großkraftwerke
- Ausbau der erneuerbaren Energien
- Ausbau der Wärme- und Kältenetze

Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen

- Massive Reduktion des Raumwärmebedarfs durch thermische Sanierung
- Verbot des Einbaus neuer fossiler Heizsysteme
- Verminderung der Wohnraumgröße pro Kopf

Industrie

- Umstellung auf ökologisch nachhaltige Produkte
- Reduktion und Flexibilisierung des Energieverbrauchs
- Nutzung erneuerbarer Energien für Metall- und Zementindustrie
- Einbettung in Wärme- und Kältenetze

Land- und Forstwirtschaft

- Reduktion des Fleischkonsums
- Reduktion des Viehbestands
- Reduktion des Düngemittleinsatzes

Abfall- und Abwasserwirtschaft

- Reduktion der Müllmengen
- Erhöhung der Recyclingquoten, auch bei Baustoffen
- konsequente energetische Nutzung der Reststoffe.“

Mit freundlichen Grüßen

Hans Dörr, Vorsitzender des GEW-Arbeitskreises Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Initiativen (Kreis Esslingen-Nürtingen), Sprecher des Kirchheimer Forums 2030, Schulleiter i.R.

*Barbara Reiser, GEW-Schulgruppe Eugen-Bolz-Gymnasium Rottenburg a.N., weitere Mitglieder der GEW-Schulgruppe und weitere Unterzeichner*innen*

Mathias Dewald, Vorsitzender des GEW-Kreises Reutlingen-Tübingen, stellvertretend für den GEW-Kreis Reutlingen-Tübingen
